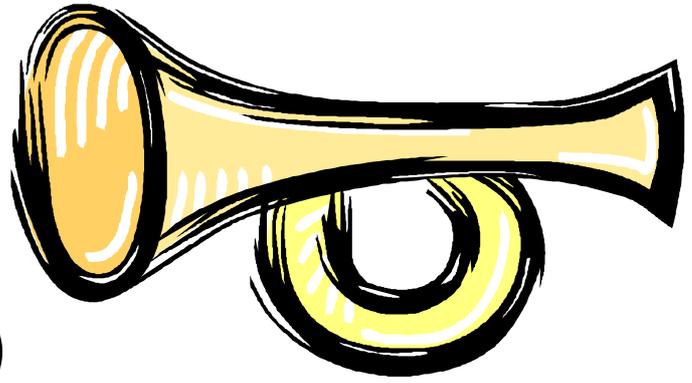


Aktuelle Post

aus dem Kreistag (29)



27. August 2020

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung am 26. August 2020 behandelte ein wichtiges Thema: Die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Es wurde beschlossen, ein Konzept für eine WoBau zu erarbeiten. Ein Beschluss zur Gründung einer WoBau war das noch nicht.

Dennoch sprach die Koalition aus SPD und CDU schon von der Gründung.

Der Juso-Vorsitzende der Wetterau zeigte sich gar mit seinem Konterfei vor einer Baustelle und postete in facebook: „Nach zwei Jahren Einsatz: Der Wetteraukreis wird die Wohnungsbaugesellschaft gründen.“ Zwei Jahre Einsatz der SPD, meint er natürlich.

Nur: Die SPD hat nie einen Antrag gestellt, keine Initiative ergriffen und acht Jahre gegen die Anträge der Linken gestimmt. Doch jetzt stehen wir vor Kommunalwahlen und da versucht man, das Thema für sich zu entern.

Zweites Thema: Abzockergebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge.

Könnt ihr euch / Können Sie sich / vorstellen, für ein Zimmer mit Kochgelegenheit 1150,32 Euro zu bezahlen? Wie soll man sowas nennen? Wir haben es Wuchermiete genannt und mussten uns von Reimund Becker (SPD) die spitzfindige Belehrung anhören, das habe nichts mit Miete zu tun – es sei eine Gebühr. Na, Hauptsache die Bezeichnung stimmt! Dann nennen wir es eben Abzockergebühr!

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Grundsatzbeschluss zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft
2. Antrag DIE LINKE/Piraten: Wuchermieten in Gemeinschaftsunterkünften
Dazu: Anfrage zu Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete
3. Zwei Anträge der NPD: Islamisierung und Gebetshäuser
4. Antrag AfD: Uneingeschränkter Rückhalt für die Polizei
5. Antrag der Grünen: Sorge vor Corona-Ansteckungen in überfüllten Schulbussen
7. Klimaschutzkonzept des Wetteraukreises

RÜCKLICHT

Soziales. Klima. Gerechtigkeit.

Wahlprogramm zur Kreistagswahl am 14. März 2021



DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Aktiv für soziale Gerechtigkeit,
Klimagerechtigkeit und Frieden.
Sprengkraft der Plümen der Linken Wetterau:
Gabi Reichbauer, Karben,
Malin Potuszowski, Friedberg
Alexander Kietz, Wölfesheim
Aqua ElFechak, Friedberg

Das Programm der Linken Wetterau für die Kommunalwahl am 14. März 2021 ist fertig.

Die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Wetterau haben sich auf die politischen Positionen geeinigt, die ihre zukünftige Kreistagsfraktion vertreten soll. Das umfangreiche Wahlprogramm können Interessierte im Roten Laden abholen (montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr), bestellen (info@die-linke-wetterau.de) oder online lesen (<https://www.die-linke-wetterau.de/content/images/laq-sbh/2021/Programm-Redaktion%202020.pdf>)

In Kürze wird es auch ein Kurzwahlprogramm geben. Dort stellen Kandidat*innen der Linken ihre Schwerpunkte kurz und knapp vor.

Erinnerung an den 6. August 1945: Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki

DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an einer Mahnwache in Frankfurt. 75 Jahre nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki werden Atomwaffen modernisiert. Die Bundesregierung kauft atomwaffenfähige Kampfbomber. In Büchel lagern US-Atomwaffen. Die Kriegsgefahr wächst.



Gedenken an den 19. Februar 2020:

Vor einem halben Jahr wurden in Hanau neun Menschen von Rassisten ermordet. Die Linksjugend rief gemeinsam mit anderen Organisationen zu einer Kundgebung in Friedberg auf. Knapp hundert Menschen gedachten der getöteten Opfer und machten deutlich: Gegen Rechts hilft nur das Zusammenstehen aller Antifaschist*innen! Die Demonstration in Hanau am 22. August 2020 wurde leider coronabedingt abgesagt.



Grundsatzbeschluss zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft

Der Kreisausschuss wurde vom Kreistag beauftragt, ein Konzept zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft erarbeiten zu lassen. Die Kreisspitze stellt sich eine GmbH vor. Man hatte die Consulting-Firma Rödl&Partner im Vorfeld beauftragt, verschiedene Geschäftsformen zu prüfen: Zweckverband, GmbH&Co.KG und GmbH. Eine gemeinnützige GmbH wurde nicht in Erwägung gezogen.

Und oh Wunder: Eine private Consultingfirma kommt zu dem Ergebnis, die zweckmäßigste Geschäftsform sei die GmbH. Damit könne man Grunderwerbssteuer sparen, in bestimmten Fällen könne man ausschreibungsfrei Firmen beauftragen und man müsse sich nicht unbedingt an nationales Vergaberecht halten. Man hat Mühe, nicht sarkastisch zu werden: Das wäre ja wirklich schlimm, wenn man als Landkreis Steuern zahlen und Vergaberichtlinien beachten müsste!

Natürlich ist DIE LINKE. nicht für eine GmbH. Uns wäre ein Zweckverband lieber oder wenigstens eine gemeinnützige GmbH. Die Fraktion DIE LINKE. hat dem Antrag dennoch zugestimmt. Wir wollen eine Wohnungsbaugesellschaft und werden darauf drängen, dass dieses Konzept auch wirklich erstellt und nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Das Konzept muss im Kreistag behandelt werden. Ob es uns dann gelingt, eine andere Rechtsform als die GmbH durchzusetzen, ist bei dieser Mehrheit eher fraglich.

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

heute soll also der Kreisausschuss nicht beauftragt werden, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen – sondern ein Konzept zur Gründung erarbeiten zu lassen.

Wie lange es jetzt noch dauern wird, bis der Kreisausschuss wirklich zu einer Gründung aufgefordert wird, ist damit nicht abzusehen. So ein Konzept kann dauern...

Bereits am 14. Oktober 2015 beschloss dieser Kreistag den Auftrag an den Kreisausschuss, Möglichkeiten zum Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen.

Das war vor den letzten Kommunalwahlen. Die haben am 6. März 2016 stattgefunden. Schon damals war der Druck auf den Wohnungsmarkt in der Rhein-Main-Region enorm hoch. Schon damals fehlte vor allem bezahlbarer Wohnraum. Keine der Parteien, die 2016 zur Kommunalwahl antraten, konnte es sich leisten, nichts zum Thema „bezahlbares Wohnen“ zu sagen - oder wenigstens zu den steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt.

Schlecht. Denn bis dahin wurde die Dringlichkeit der Wohnungsfrage in der Wetterau überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Schweige denn, dass über Lösungen nachgedacht wurde.

In dieser Gemengelage erhielt unser Antrag damals Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren! Und man hatte für den Kommunalwahlkampf wenigstens das Argument: man prüfe ja schon die Möglichkeiten zum Aufbau einer kreiseigenen WoBau.

Sie erinnern sich vielleicht, was aus diesem Beschluss geworden ist: Nichts!

Dasselbe Spiel vor den Landratswahlen. Mit ebensolchem Ergebnis.

Ihre Vorstellung vorhin, Herr Weber (SPD), ist lächerlich! "Politische und taktische Verzögerungen sind unangebracht", sagten ausgerechnet Sie. Als Vertreter einer Partei, die das Ganze seit 8 Jahren verzögert und immer wieder dagegen polemisiert hat.

Jetzt sind wir wieder ein halbes Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen. Jetzt gibt es einen Auftrag für ein Konzept. - Den Auftrag für ein Konzept!! Nicht für die Gründung.

Seit 2012 stellen wir Anträge, um in diesem Kreistag das Bewusstsein zu entfachen, dass es auch im Wetteraukreis Wohnungsnot gibt. Nicht bei luxuriösen Eigentumswohnungen und gut ausgestatteten Mietwohnungen. Wohnungsnot gibt es für den einkommensschwächeren Teil der Bevölkerung. Es fehlt an bezahlbaren Mietwohnungen und Sozialwohnungen.

Inzwischen wurden durch die andauernde Ignoranz in dieser Frage nicht nur keine Anstrengungen zur Lösung der Wohnungsnot unternommen, sondern auch erhebliche Zuschüsse der Hessischen Landesregierung verpasst.

Meine Damen und Herren,

Sie werden sicher – wenn vielleicht auch nur insgeheim – nachvollziehen können, dass wir wegen dieses Antrags nicht vor Freude in die Luft springen.

Sie erteilen heute einen Auftrag für ein Konzept. Das finden wir gut und wir werden zustimmen.

Wir würden uns freuen, wenn es vor der nächsten Kommunalwahl fertig ist!

Unsere Anträge zu einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft und zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1127-bis-zu-den-sommerferien-legen-sie-ein-konzept-f%C3%BCr-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-vor.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1093-endlich-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-starten.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/964-%C3%A4nderungsantrag-1-zum-haushalt-2019-2020-21-millionen-f%C3%BCr-den-sozialen-wohnungsbau.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/854-hessenkasse-alle-vef%C3%BCgbaren-mittel-f%C3%BCr-bezahlbaren-wohnraum.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/855-linke-beantragt-eine-r%C3%BCge-f%C3%BCr-den-landrat.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/798-sparkasse-oberhessen-soll-bilanzgewinnanteil-abf%C3%BChren.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/727-r%C3%BCge-kreisausschuss-k%C3%BCmmert-sich-nicht-um-kreistagsbeschluss.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/711-jetzt-mittel-f%C3%BCr-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-in-den-haushalt-einstellen.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/571-aufbau-einer-kreiseigenen-wohnungsbaugesellschaft.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/257-wohnungen-in-der-wetterau-bauen.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/95-verkauf-der-nassauischen-heimst%C3%A4tte-verhindern.html>

Antrag DIE LINKE/Piraten: Wuchermieten in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete

In die Sprechstunde der Kreistagsfraktion der Linken kamen mehrere Familien, die sich über die hohe Miete in der Flüchtlingsunterkunft beklagten, in der sie leben.

Auch haben uns Bürger*innen angesprochen, die Geflüchtete ehrenamtlich betreuen.

Was hier ans Tageslicht kam, konnten wir zunächst gar nicht glauben: Der Wetteraukreis erhöhte beispielsweise die Miete einer vierköpfigen Familie von 377 Euro auf 1150,32 Euro. Für ein Zimmer mit Kochgelegenheit! Zudem verlangte der Kreis eine Nachzahlung von 4601,28 Euro rückwirkend zum 1. März 2019. An diesem Termin trat eine neue Gebührensatzung in Kraft.

Wir versuchten die Hintergründe in einer Anfrage zu klären. Normalerweise werden Anfragen binnen drei Wochen beantwortet. Doch diese Beantwortung brauchte 11 Wochen.

Inzwischen hatten wir einen Antrag zur Kreistagssitzung gestellt, der diese Abzocke in Frage stellt. Aber die Antwort auf unsere Anfrage zeigte uns: Diese Gebührensatzung ist asozial! Sie muss weg!

Das Problem gibt es hessenweit! Das Landesaufnahmegesetz hatte 2017 die Möglichkeit geschaffen, dass Landkreise und kreisfreie Städte Gebühren für Flüchtlingsunterkünfte festsetzen können. In der Folge verlangten die Kommunen Mondpreise – mit dem Argument, die Gebühren müssten kostendeckend sein.

Im Wetteraukreis werden zum Beispiel die Kosten ALLER Unterkünfte zusammengerechnet und durch die Zahl aller Bewohner*innen geteilt. Man geht von 80% Belegung aus.

Derzeit soll das Landesaufnahmegesetz überarbeitet werden. Zu dieser Gesetzesänderung gab es eine Anhörung im Landtag. Dort spielten diese Gebühren für die Unterkünfte eine große Rolle. Außer den kommunalen Spitzenverbänden kritisierten alle anderen Verbände diese Abzockergebühren. Sie sind nicht nur teuer, sondern behindern auch die Integration.

Wer die Stellungnahmen der Verbände lesen möchte, findet sie hier:

<https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/SIA-AV-20-31-T1.pdf>

Immer wieder muss man sich wundern, welche Blüten die SPD bei sozialpolitischen Debatten treibt: Diesmal Reimund Becker.

Natürlich ist auch Herrn Becker klar, dass Mieten zwischen 20 und 40 Euro pro Quadratmeter für diese Einfachstwohnungen viel zu teuer sind. Dennoch führte er wortreich aus, das es sich hier nicht um Miete und Quadratmeterpreise handele, sondern um Gebühren.

Wird es dadurch besser? Ist es angemessener, wenn man es „Gebühren“ tauft?

Dann nennen wir es eben Abzockergebühr!

Das war unser ursprünglicher Antrag, bei dem wir fälschlicherweise davon ausgegangen sind, dass nur eine Person zahlungspflichtig sei, die volljährig ist und Geld verdient:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1170-die-eigene-geb%C3%BChrensatzung-beachten-keine-wuchermieten-in-fl%C3%BChtlingsunterk%C3%BCnften.html>

Hier ist unsere Anfrage zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1154-bet%C3%A4tigt-sich-der-wetteraukreis-als-miethai.html>

Und das ist unser Änderungsantrag, der zusammen mit einem Änderungsantrag der Grünen in den Sozialausschuss überwiesen wurde:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1182-%C3%A4nderungsantrag-zu-unserem-antrag-geb%C3%BChrensatzung-f%C3%BCr-fl%C3%BCchtlingsunterk%C3%BCnfte-abschaffen.html>

Das war unsere Rede am 26. August 2020:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

nachdem uns immerhin nach 11 Wochen die Antwort auf unsere Anfrage zu den Gebühren in Gemeinschaftsunterkünften erreichte, wurde uns eines mehr als klar:

Diese Gebührensatzung gehört ganz und gar abgeschafft! Wegen Wucher!

Sicher – Sie haben recht: Wir haben den Paragraphen 2 der Satzung in unserem ursprünglichen Antrag nicht entsprechend gewürdigt. Dort ist festgelegt, dass der Haushaltsvorstand für alle Personen die Gebühr zahlen muss, die der Familie angehören.

So kommt es, dass Familien mit 2 Kindern 1150,32 Euro für ein Zimmer mit Kochgelegenheit zahlen müssen und für eine Familie mit drei Kindern sind das 1437,90 Euro.

„Haushaltsgröße oder Quadratmeter sind dabei unerheblich“, schreiben Sie in Ihrer Antwort auf unsere Anfrage.

Meine Damen und Herren, die Sie hier diese Satzung beschlossen haben:

Wer von Ihnen würde für eine Ein-Zimmerwohnung einfachsten Standards eine solche Miete zahlen?

Wie würden Sie diesen Preis denn nennen? Angemessene Miete? Oder wie sonst?

Es ist keine Entschuldigung, dass dieser Wucher durch das Landesaufnahmegesetz von 2017 möglich gemacht wurde. Dass die klammern Landkreise und kreisfreien Städte fast alle wie der Wetteraukreis agieren und Mondpreise für die Unterkünfte aufrufen.

Es gibt das Argument, solche Wuchermieten erhöhen den Druck zum Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft. Das ist fast schon perfide! Wer noch im Asylverfahren ist und arbeitet, dem ist der Auszug gesetzlich verwehrt. Anerkannte Geflüchtete bleiben oft in der Unterkunft, weil sie auf dem angespannten Wohnungsmarkt keine bezahlbare Wohnung finden.

Ich mache Ihnen jetzt mal eine Rechnung auf:

Sagen wir der Vater verdient 1370 Euro und bekommt 408 Euro Kindergeld. Zusammen also 1778 Euro Einkommen und 1150 Euro davon sind für Miete. Der Mann muss beim Jobcenter aufstocken.

Ohne diese Wahnsinnsmietete könnte die Familie ohne Jobcenter leben!

In unserem Fall verwies der Wetteraukreis darauf, dass die Kosten der Unterkunft vom Jobcenter getragen würden. Was soll das? Geht es irgendwie um das Verschieben von Geld?

Mal abgesehen davon, dass diese Gebühren die gültigen Mietobergrenzen am Wohnort sowieso schon um 237 Prozent übersteigen: Das Jobcenter bezahlt in diesem Fall tatsächlich 728 Euro. Also nicht den kompletten Betrag. Aber das liegt immer noch 150 Prozent über der Mietobergrenze.

Jetzt verlangt der Wetteraukreis noch eine Nachforderung über 4601,28 Euro von der Familie, rückwirkend zum 1. März 2019 - dem Termin, an dem die Gebührensatzung in Kraft trat.

Sie antworten auf unsere Anfrage: „Die rückwirkende Gebührenerhebung ist ausdrücklich zugelassen

(§4, Abs. 3 LaufnG).“ Ja, das stimmt – aber nur, wenn die betroffene Person auch einen Erstattungsanspruch durch einen Sozialleistungsträger hat. Sonst nicht. Steht im §3 LaufnG unter Absatz 2.

Wer zahlt jetzt den Restbetrag der Wuchermiete? Und wer zahlt in unserem Fall jetzt die Nachzahlung von 4600 Euro? Fragen über Fragen!

Und zuletzt noch diese Frage: Für was verwenden Sie eigentlich die Zahlungen des Bundes und des Landes, die explizit zur Deckung der Kosten der Unterkunft vorgesehen sind?

Meine Damen und Herren,

nachdem Sie unsere Anfrage beantwortet haben sind wir zum Schluß gekommen, dass die Gebührensatzung des Wetteraukreises in dieser Form abgeschafft gehört und haben diesen Änderungsantrag gestellt.

Zwei Anträge der NPD: Islamisierung und Gebetshäuser

Wiederholt stellte die NPD den Antrag, alle zwei Jahre einen Situationsbericht zur Islamisierung des Wetteraukreises vorzulegen. „Zur Abwehr des militanten Islamismus muss die Politik endlich die Samthandschuhe ausziehen“ hieß es dieses Mal in der Antragsbegründung. Wo in der Wetterau militanter Islamismus zu finden ist, konnte die NPD nicht benennen.

Aber sie beantragten zusätzlich noch eine Liste von Moscheen und Gebetshäusern im Wetteraukreis. Diese Antragsbegründung klotzt mit rassistischen islamfeindlichen Stereotypen (...und Fehlern): „Im ganzen Kreis haben wir mittlerweile Gotteshäuser, ob mit Minarett gebaut werden soll oder ohne Minarett, ob als Vereinsheim oder Begegnungsstätte getarnt, spielt dabei keine Rolle. Denn alle Gebäude dienen als Rückzugsgebiete von kulturfremden Menschen, die sich auch nicht in unsere Gemeinschaft integrieren möchten. Jeder darf natürlich seine Religion ausleben wie er möchte, jedoch sollte uns unser Land zu schade sein, um als Kriegsschauplatz aller möglichen Völker und Religionen zu dienen.“

Das haben wir dazu gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

"unser Land sollte nicht als „Kriegsschauplatz aller möglichen Völker und Religionen dienen“.

Genau das finden wir auch! Wir stehen deshalb für Völkerverständigung, für Toleranz im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, für Religionsfreiheit und für Frieden!

Wenn wir im ganzen Kreis mittlerweile Gotteshäuser haben, verängstigt uns das nicht.

Immerhin gibt es bei uns seit vielen Jahrhunderten Gotteshäuser. Und die Zeit der Inquisition und der Fundamentalisten mit ihren Kreuzzügen bleibt ja hoffentlich vorbei! Im Grundgesetz ist Religionsfreiheit verankert. Und das ist gut so!

Zum Kriegsschauplatz wird unser Land durch Rechte Hetze und rechte Gewalt:

Seit dem Jahr 2000 starben nachweislich 208 Menschen durch rechte Mörder. Zuletzt in Hanau.

Das Bundesinnenministerium meldete über 20.000 rassistisch motivierte Straftaten für 2019. Davon mehr etwa 1000 versuchte und vollzogene Gewalttaten.

Meine Damen und Herren: Tatsächlich sollte unser Land kein Rückzugsgebiet für rechte Einpeitscher sein!

Die Anträge wurden abgelehnt. Dafür stimmte die NPD und eine Abgeordnete der AfD.

Antrag der AfD: Uneingeschränkter Rückhalt für die Polizei

„Der Wetteraukreis steht uneingeschränkt hinter unserer Polizei“ forderte die AfD und wollte der Polizei das „uneingeschränkte Vertrauen“ aussprechen. Denn „Politiker des linken Spektrums“ würden derzeit viel zu viel von Polizeigewalt und Rassismus bei der Polizei reden.

Das war sogar der Koalition aus SPD und CDU zu viel. Sie stellten einen Änderungsantrag. Darin fordern sie konsequente Aufklärung rassistischer Vorfälle in Organisationen, Behörden, bei der Polizei und der Bundeswehr. Und Respekt der Gesellschaft gegenüber der Polizei.

Leider gibt es ja meist nur eine Minute Redezeit. Sonst hätten wir nochmal darauf eingehen können, dass schließlich die persönlichen Daten der Drohmails gegen unsere Landtagsabgeordnete Janine Wissler und andere Personen von Polizeicomputern abgerufen wurden.

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Nein! Durch die Debatte um Polizeigewalt wird nicht jeder Polizist unter Generalverdacht gestellt! Die Polizeigewalt selbst und die Leugnung und Verschleppung polizeilicher Übergriffe lässt die Polizei in schlechtem Licht dastehen.

Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum haben eine erste Studie zur systematischen Erforschung rechtswidriger Polizeigewalt in Deutschland durchgeführt. Sie zeigt auf: Etwa 80 Prozent aller Fälle von Polizeigewalt werden nie angezeigt, weil die Opfer nicht erwarten, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Tatsächlich kommen nur zwei Prozent der Gewalt-Fälle zur Anklage; kaum jemand wird verurteilt. Ich denke, für das Ansehen der Polizei wäre die Aufklärung von Gewalt viel wichtiger, als sie zu vertuschen und uneingeschränkten Rückhalt zu verlangen.

Eines möchte ich hier zuletzt noch sagen: Wir finden es falsch, dass die Koalition aus SPD und CDU einen Änderungsantrag zu einem AfD-Antrag einbringt und diese Partei damit aufwertet. Wir lehnen Ihren Änderungsantrag deswegen ab!

Antrag der Grünen: Sorge vor Corona-Ansteckungen in überfüllten Schulbussen

In den Schulbussen sitzen die Kinder dicht an dicht. Oft wird die Maskenpflicht nicht eingehalten. Kontrolliert wird die Einhaltung auch nicht ausreichend. Dadurch ist die Ansteckungsgefahr mit Corona sehr hoch.

Die Grünen beantragten, mehr Busse einzusetzen. Derzeit stehen Reisebusse still, weil Reisen kaum stattfinden. Mit mehr Bussen könnte das Gedränge entzerrt werden.

Außerdem solle über eine Staffelung der Schulanfangszeiten nachgedacht werden, um die Ansteckungsgefahr durch Gedränge zu vermindern.

Dieser Antrag wurde in den Bildungsausschuss verwiesen. Landrat Weckler erklärte jedoch schon vorab, dass man nicht einfach Reisebusse zu Schulbussen umfunktionieren könne.

Dazu müsste für die Busse eine extra Genehmigung beantragt werden.

Der nächste Termin des Ausschusses ist der 14. 9. 2020.

Klimaschutzkonzept des Wetteraukreises

Der Entwurf eines Klimaschutzkonzepts wurde in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft RUW überwiesen. Dazu gibt es umfangreiche Anlagen: Klimaschutzziele, Klimaschutzkonzept für kreiseigene Liegenschaften, Heizungskonzept, Beleuchtungskonzept und eine Ausarbeitung zu Elektromobilität.

Das Klimaschutzkonzept wird am 23. September 2020 im Kreistag beraten.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber